

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1925**

13.3.1925 (No. 61)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karlsruher  
Straße Nr. 14  
Verleger:  
H. v. S. 955  
und 954  
Verantwortlich:  
Karlsruhe  
Nr. 3519

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatsanzeiger:  
H. v. S. 955  
Karlsruhe

Abonnementspreis: In Karlsruhe und umwelts frei ins Haus geliefert monatlich 2,60 Goldmark. — Einzelnnummer 10 Goldpfennig, Samstags 15 Goldpfennig. — Anzeigenpreis: 12 Goldpfennig für 1 cm Höhe und ein Tag. — Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Anträge sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Verleger des Anzeigenblattes bearbeitet. Bei Abrechnung von Anzeigen und Kontroversen fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Währungsänderung, Betriebsänderung im eigenen Betrieb oder in telephonischer Verbindung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur bis 25. auf Monatsfrist erfolgen.

### Wirtschaftliche Umschau

Das Amerika seinen Überfluß an Gold zinstragend verwenden will und muß, zeigen schon die großen Goldveräußerungen nach den verschiedenen Ländern. Jetzt wird auch der Zusammenritt einer internationalen Währungs-Konferenz von Washington her immer stärker betrieben, um die Wiedereinführung der Goldwährung in allen Ländern vorzubereiten. Wie an dieser Stelle schon erwähnt, haben sich diesen Bestrebungen hauptsächlich Widerstände aus England entgegengesetzt, wo man ein dauerndes Übergewicht Amerikas auf dem Geldmarkt befürchtet. Eine Rückkehr zur Goldwährung in allen bedeutenden Ländern würde voraussichtlich ein Wiederanstiegen des Goldwertes zur Folge haben, weil sie die Goldinflation in Amerika beenden würde. Dies würde praktisch eine Preisentwertung für die wichtigsten Welthandelsartikel bedeuten, aber auch eine größere Verschiebung Frankreichs und Englands an Amerika.

Ähnliches hat Deutschland kaum zu befürchten, denn einmal ist die Höhe unserer Gesamtverschuldungen noch nicht bestimmt und zum zweiten würde auch ein weiteres Absinken des Goldwertes unsere Verpflichtungen nicht vermindern.

Nach amerikanischen Berechnungen betragen die dortigen Durchschnittspreise 161,3 Prozent der Vorkriegspreise. Nach dieser amerikanischen Indexziffer wäre also die Kaufkraft des Dollars nur noch 62 Prozent des Vorkriegsdollars, eine Erscheinung, die wie gesagt, hauptsächlich auf den Überfluß an Gold zurückgeführt wird, das in Amerika übertraglos lagert. Wir wissen, daß die Wertminderung des amerikanischen Dollars, d. h. in Wirklichkeit die des Goldes die ganze Welt zu spüren bekommt und des wegen auch an den deutschen Indexziffern; daraus ergibt sich, daß eine durchgängige Wiedereinstellung der großen internationalen Währungen auf Gold auch für unsere deutsche Wirtschaft von größter Bedeutung ist. Unsere deutsche Goldmarkwährung, die ja (ebenso wie eine reine Goldwährung mit Einlösungspflicht) uns an das Schicksal des Dollars bindet, hat jedes Dumping beseitigt, das wir in der Inflationszeit gegenüber währungsfesten Ländern hatten. Wir haben natürlich auch das größte Interesse daran, daß es möglichst wenig weitere Länder gibt, die mit uns auf dem Weltmarkt infolge ungestützter Währung billiger konkurrieren können.

Die Reichsindexziffer, die weiter langsam sich steigert, wird jetzt auf Anregung der aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern bestehenden Indexkommission durch eine in ihren Grundlagen erweiterte Lebenslagenindexziffer ergänzt. Diese ergänzende Indexziffer soll einen Vergleich der Kosten für alle Aufwendungen gegenüber denen der Vorkriegszeit (Reinigung, Körperpflege, Bildung, Verkehr) ermöglichen. Freilich haben die auf ganz anderer und neuer Grundlage durchgeführten Indexberechnungen wie offiziös mitgeteilt wurde, lediglich das gleiche Resultat wie die bisherige Berechnungsweise ergeben.

Der Verlauf der Leipziger Messe hat wieder gezeigt, wie schwer wir es haben, mit dem Ausland und seinen Preisen zu konkurrieren. Nach den Berichten der Fachpresse haben vorläufig eigentlich nur deutsche Spezialartikel Aussicht auf größeren Absatz im Ausland und auch dann nur bei Preisen, die erheblich unter den Inlandsforderungen liegen. Daß es in Anbetracht unserer Gesamtproduktion nicht angeht, dem Inlandskonsum die Last und das Risiko für den Absatz der gleichen Waren zu billigen Preisen nach dem Ausland tragen zu lassen, liegt auf der Hand. Ein schweres Hemmnis, das die deutsche Produktion verschiedentlich recht unbeweglich bei ihrer Kalkulation für den Absatz nach dem Ausland macht, ist das immer noch bestehende Übergewicht des Kartellwesens und der Preisvereinbarungen, worin sich nur ganz langsam und stellenweise Abbautendenzen zeigen. Zum Teil wird übrigens in Deutschland bereits recht preiswert verkauft, wie z. B. bei Eisen, da Stabeisen nur wenig über den Vorkriegspreis steht, während andererseits manche ganz entbehrliche Luxuswaren, deren Konsum sich ohne weiteres einschränken ließe, infolge der Gedankenlosigkeit und Unberücksichtigung der breiten Masse immer noch ein vielfaches der Vorkriegspreise kosten.

Unsere Handelsbilanz für Januar, die einen weiteren starken Rückgang des deutschen Exports zeigt, spricht eine

sehr ernste Sprache. Unsere Defizitwirtschaft geht daraus hervor, daß der Einfuhrüberschuß im September 59,3 Mill., im Oktober 242,7 Mill., im Nov. 404,8 Mill., im Dezember 568,9 Mill. und im Januar 674,1 Mill. beträgt. Die Fehlbeträge steigen somit von Monat zu Monat, und das Schlimmste ist, daß die Ausfuhr von deutschen Fertigfabrikaten, mit der wir in der Hauptsache unsere lebensnotwendige Einfuhr bestreiten sollen, abermals zurückgegangen ist. Sie beträgt 516 Mill. gegen 553 Mill. im Dezember.

In der Frage der Finanzreform ist es nun, wie mitgeteilt, auf badischen Antrag zu einem Kompromiß gekommen, wonach der bestehende Finanzausgleich bis zum 30. September verlängert werden soll. Das Datum soll dann den endgültigen Finanzausgleich ohne Rückwirkung bringen. Es war nämlich nicht mehr möglich, die Neuverteilung der Steuereinnahmen zwischen Reich, Ländern und Gemeinden bis zum 1. April geschäftlich zu regeln. Auch gegen eine vorläufige Erhebung für zwei Monate erhoben die Länder erhebliche Bedenken. Der endgültige Finanzausgleich soll vom Reichsrat sofort beraten werden, wogegen die Reichsregierung sich bereit erklärte, daß den Ländern beim endgültigen Finanzausgleich im Rechnungsjahr 1925 etwa den gleichen Gesamtbetrag an Überweisungen zuzukommen soll, wie er ihnen auf der Grundlage der gegenwärtigen Anteilverhältnisse zuzubekommen würde.

Um den endgültigen Finanzausgleich wird es wohl noch ziemlich erhebliche Kämpfe geben. Hier stehen sich zwei Ansichten gegenüber, von denen die eine erklärt, daß der alte Zustand sich deshalb nicht mehr herstellen lasse, weil heute die finanzielle Stärke des Reichs, die erste Grundbedingung seiner Existenzfähigkeit sei, während von seiten der Länder mehr oder weniger Zentralisation gefordert wird, die sowohl dem Willen des deutschen Volkes und der wirtschaftlichen Struktur des Reichs entspreche, wie sie auch eine bessere Kontrolle der Staatswirtschaft ermögliche.

Eine andere Seite der Finanzreform ist die Gestaltung der Steuern im einzelnen. Das Reich muß auch finanziell in der Lage sein, die Zugeständnisse an die Länder zu erfüllen. Das wird nicht einfach sein, denn hier steht der Kampf um die Lastenverteilung ein, zu dem der badische Finanzminister bereits in dem auch von uns wiedergegebenen Artikel im „Bad. Beobachter“ Stellung genommen hat. Da das Reich wesentliche Steuerermäßigungen, vor allem bei den Besitzsteuern vorschlägt, müßten auf andere Weise die Mittel einkommen, blüete es bei den Vorschlägen des Reichsfinanzministers.

Die endgültige Regelung der Anfuhrungsfrage läßt immer noch auf sich warten, da es der Reichsregierung nicht möglich war, innerhalb der Anfang Februar im Ausschuß gestellten Frist dem Reichstag den Beschlusseckentwurf darüber vorzulegen. Der Reichstag hat nun einstimmig die unverzügliche Vorlegung dieses Gesetzes aufs neue gefordert. Bei dieser Angelegenheit, die an und für sich der materiellen Schwierigkeiten schon genug bringt, haben bisher vor allem die bekannten parteipolitischen Gesichtspunkte ebenso wie die Interessenagitation ein Vorwärtkommen verhindert, und doch muß eine endgültige Lösung sobald wie möglich gefunden werden.

### Freiherr v. Rathenau bei Coolidge

Der neue deutsche Botschafter in Washington, Freiherr von Rathenau, wurde von dem Präsidenten Coolidge empfangen, dem er sein Beglaubigungsschreiben überreichte. Freiherr von Rathenau erklärte, er erinnere dankbar an die edelmütige Tätigkeit amerikanischer Bürger bei dem sozialen und kulturellen Hilfswork für Deutschland und an das weißblühende Werk des finanziellen und wirtschaftlichen Wiederaufbaus, das einen amerikanischen Namen trage, der der Geschichte angehören werde. Dieses Werk werde die Grundlage für sein ebenso ehrenvolles wie schwieriges Amt sein. Coolidge antwortete, Freiherr von Rathenau sei der Dolmetscher für das gerechte Streben seines Landes in Amerika. Der verstorbene Reichspräsident Ebert habe die außerordentlich schwierige Aufgabe gehabt, die deutsche Republik in ihren ersten unruhigen Jahren zu führen. Seine Erfolge seien auch darauf zurückzuführen, daß er von Männern mit gutem Willen unterstützt worden sei. Daß Amerika das Vorrecht habe, an dem Wiederaufbau Deutschlands mitzuhelfen, sei für alle Amerikaner ein Grund tiefer Befriedigung. — Freiherr von Rathenau erklärte dem Präsidenten Coolidge, Eberts letzte Anweisung habe darin bestanden, ihm die Übermittlung des Ausdrucks seiner großen persönlichen Achtung für die Vereinigten Staaten von Amerika und seine aufrichtigen Wünsche für die Wohlfahrt dieses Landes aufzutragen.

### Zur Reichspräsidentenwahl

Die Einheitskandidatur Gehler gescheitert  
Nachdem noch Donnerstag nachmittag die Einheitskandidatur Gehler der nichtsozialistischen Parteien die besten Aussichten zu haben schien, scheiterten in den Abendstunden zuletzt die Verhandlungen darüber. Nachmittags hatte die Demokratische Partei gegen 15 Stimmen unter Bedauern darüber, daß es nicht zu einer republikanischen Einheitskandidatur kam, die Zustimmung zur Kandidatur Gehler ausgesprochen. Daraufhin hatte auch das Zentrum mit 15 gegen 6 Stimmen beschlossen, für Gehler einzutreten. Vormittags hatte sich allerdings die Deutsche Volkspartei in erster Linie für Jarres, in zweiter Linie erst für Gehler entschieden. Um 5 Uhr nachmittags trat der sog. Rößel-Ausschuß der Rechtsparteien zusammen, wobei als Gäste Vertreter der Demokraten und des Zentrums erschienen waren. Der Vertreter des Zentrums, Fehrenbach, fragte die Vertreter der Deutschen Volkspartei, ob sich ihre Beschlüsse gegen die Kandidatur Gehler wende. Er erhielt zwar zur Antwort, dies sei nicht der Fall, im übrigen aber erhielt er keine klare Auskunft. Darauf erklärte Fehrenbach, er müsse im Parteiausgleich des Zentrums die Frage noch einmal besprechen lassen, und bitte um eine Frist von einer Stunde. Graf Westarp von den Deutschnationalen bemerkte darauf, die Kandidatur Gehler sei seinen Freunden heute nicht mehr so angenehm wie gestern, und er müsse darauf bestehen, daß das Zentrum alsbald eine klare Antwort gebe. Der Abgeordnete Leißler von der Bayerischen Volkspartei hat, die doch nahe bevorstehende Einigung auf die Kandidatur Gehler nicht an der Verweigerung einer kurzen Frist für das Zentrum scheitern zu lassen. Die Rechtsparteien erklärten jedoch nach einer internen Beratung, daß ihnen die Gewährung eines weiteren Aufschubs nicht möglich scheine. Gehler sei für sie noch gestern Abend erträglich gewesen, durch die Agitation einer gewissen Presse (offenbar der äußersten Rechten) gegen Gehler stehe aber ein großer Teil Gehler's Kandidatur nicht mehr besonders sympathisch gegenüber. Fehrenbach lehnte diese Forderung auf sofortige Entscheidung ab, da sie eine Unmöglichkeit in sich sei, und erklärte die Verhandlungen als beendet. Auch Herr v. Geyl teilte mit, daß er die Aufgabe des Ausschusses nunmehr als erledigt betrachte. Darauf verließen Demokraten und Zentrum das Beratungsgesamt, ebenso die Vertreter der Bayerischen Volkspartei und des Bayerischen Bauernbundes, um sich mit ihren heimatischen Organisationen am Samstag in München über ihre weitere Haltung in der Kandidatenfrage zu besprechen. Von den politischen Parteien des Rößel-Ausschusses verließen als Anhänger der Kandidatur Jarres nur noch die Deutschnationalen Volkspartei, die Deutsche Volkspartei und die Wirtschaftspartei; was die Deutschhannoveraner tun werden, ist noch ungewiß.

Nachdem die Vertreter des Zentrums ihrem Reichsparteiausschuß, der im Reichstag tagte, Bericht erstattet hatten, beschloß der Ausschuß einstimmig, den früheren Reichsanzler und jetzigen Preussischen Ministerpräsidenten Marx als Kandidaten des Zentrums für die Reichspräsidentenwahl aufzustellen.

Für den immer noch tagenden demokratischen Parteiausgleich war damit die Lage wesentlich verändert worden. Reichswehrminister Dr. Gehler der an einer sofort anberaumten Sitzung des Parteivorstandes teilnahm, erklärte hier, daß er eine Kandidatur für die Demokratische Partei allein nicht annehmen könne. Der Vorstand einigte sich dann darauf, den badischen Staatspräsidenten Dr. Hellpach als Kandidaten zu empfehlen, und der Parteiausgleich trat diesem Vorschlag einstimmig bei.

### Die Kandidaten

Als Kandidat der stärksten parlamentarischen Koalition tritt somit Herr Jarres auf den Plan. Für ihn erklärten sich die Deutschnationalen, die Deutsche Volkspartei und von den mehreren Gruppen der „Wirtschaftlichen Vereinigung“ die Wirtschaftspartei des Deutschen Mittelstandes.

Der von der Zentrumspartei proklamierte Kandidat ist der frühere Reichsanzler Marx.

Die Demokratische Partei stellt den badischen Staatspräsidenten Dr. Hellpach als Bewerber auf.

Die Sozialdemokraten haben den früheren preussischen Ministerpräsidenten Brauns aufgestellt.

Der Kandidat der Kommunisten ist Thälmann.

Unbestimmt ist noch die Haltung der Bayerischen Volkspartei, die erst am morgigen Samstag in München ihre Entscheidung treffen will. Nicht entschieden haben sich ferner bisher die zur „Wirtschaftlichen Vereinigung“ gehörenden Gruppen der Welfen und des Bayerischen Bauernbundes. Auch über die Haltung der Rationalsocialisten besteht noch Unklarheit.

Man kann somit kaum annehmen, daß der erste Wahlgang die Entscheidung bringen wird. Legt man die Ziffern der letzten Reichstagswahl zugrunde, so würde Herr Jarres selbst unter Hinzurechnung der Volksigen doch nur etwa 11 Millionen Stimmen erreichen, während über 30 Millionen abgegeben wurden.

Stellvertreter Reichspräsident Simons stattete am Donnerstag dem Reichstagspräsidenten Rößel im Reichstagspräsidenten seinen amtlichen Besuch ab. Im Anschluß daran machte Simons, der von Staatssekretär Meißner begleitet war, dem Reichsrat seine Aufwartung, indem er den preussischen Ministerpräsidenten als Bevollmächtigten Preußens zum Reichsrat besuchte. An diesem Empfang nahmen der bayerische Gesandte Dr. von Preger, der sächsische Gesandte Dr. Gradnauer und der württembergische Gesandte Dr. Wöller sowie Staatssekretär Dr. Weismann und Ministerialdirektor Dr. Rabis teil.

Die Parlamentswahlen in Ägypten sind, wie aus Kairo gemeldet wird, im ganzen Lande ruhig verlaufen. Nagul Pascha ist mit überwältigender Mehrheit wiedergewählt.

# Deutscher Reichstag

W.D. Berlin, 12. März.

Am Regierungstisch Reichsjustizminister Dr. Prenten. Präsident Lohse eröffnet die Sitzung um 2.20 Uhr. Vor Eintritt in die Tagesordnung fordert Abg. Roenen (Komm.) wiederum die sofortige Behandlung

## des Eisenbahnerstreits

der sich außerordentlich verschärft habe (Widerspruch). Die Abgeordneten stehen vor der Gefahr, in Berlin sitzen bleiben zu müssen (Lachen).

Abg. Schuhmann (Soz.) stellt demgegenüber fest, daß gerade das Gegenteil richtig ist. (Beifall. Hört, hört!) Es sei eine Verständigung darüber zustande gekommen, die Differenzen einem Schiedsgericht zu unterbreiten, das bereits am Freitag im Reichsjustizministerium zusammentreten werde (Beifall).

Abg. Koch-Düffeldorf (Dml.) erhebt ebenfalls Protest gegen die falschen Behauptungen des Abg. Roenen. Er bittet den Reichstag dringend, alles zu vermeiden, was in die bevorstehenden Verhandlungen störend eingreifen könnte. Da Einspruch erhoben worden ist, ist der kommunistische Antrag erledigt.

Auf der Tagesordnung steht der Gesetzentwurf über die Volks-, Berufs- und Betriebszählung, die im Juni stattfinden soll. Der Ausschuss hat beschlossen, die Handwerkerbetriebe besonders festzustellen. Ferner wird die Regierung aufgefordert, eine Enquete vorzunehmen, durch die die Bildung von Konzernen und Interessengemeinschaften in der deutschen Wirtschaft festgestellt wird.

Abg. Dr. Jörksen (Wirtsch. Vereinig.) beantragt, die Erhebungen auch auf die wohnwirtschaftlichen Verhältnisse auszudehnen.

Ein Regierungsvertreter gibt zu, daß auch solche Erhebungen in Würde stattfinden würden. Eine Verbindung mit der allgemeinen Volkszählung sei aber nicht zu empfehlen.

Die Vorlage wird in zweiter und dritter Beratung angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfs über die Zulassung der Renten aus der Invalidenversicherung, die der Ausschuss für soziale Angelegenheiten unter Erhöhung der Höhe der Regierungsvorlagen angenommen hat.

Staatssekretär Weib stellt fest, daß die Invalidenversicherung nach der Inflation wieder neu ins Leben gerufen werden könnte. Sie habe schon wieder viele Millionen Goldmark an Renten leisten können.

Reichsfinanzminister von Schlieffen erklärt, daß die Regierung trotz erheblicher finanzieller Bedenken der Neuerrichtung von 115 Millionen Mark für die Aufwertung der Invalidenrenten zugestimmt habe. Darüber noch erheblich hinauszugehen, halte die Regierung aber nicht für möglich. Der Minister bittet dringend, den Hausfall nicht weiter zu belasten. Auch nach der neuen Steuerreform und dem neuen Finanzausgleich erziehe jetzt schon ein Fehlbetrag von mehreren 100 Millionen für 1926 und die späteren Jahre. Eine Erhöhung des Reichszuschusses zur Invalidenrente von 50 Prozent sei das aller äußerste, was eine umsichtige Finanzpolitik noch verantworten könne.

Abg. Esser (Zentr.) warnt vor agitatorischen Phrasen in dieser ersten Sache. Man habe erreicht, was möglich war. So ganz wenig sei dies nicht. Eine Erhöhung des Reichszuschusses um 2 Mark mache schon 52,5 Millionen Mark aus. Eine Endlösung sei diese Lösung nicht.

Abg. Heister (Dem.) gibt zu, daß die Lage des Reiches in finanzieller Beziehung außerordentlich schwierig sei. Man dürfe aber mit diesen Behauptungen nicht immer nur kommen, wenn es sich um die Sozialpolitik handle. Im Wahlkampf hätten sich die Parteien mit höheren Forderungen geradezu überboten. Die Deutschnationalen verlangten nahezu 900 Millionen für die Renten. Damals waren sie allerdings noch nicht in der Regierung. Abg. Bayer-Dresden (Wirtsch. Vereinig.) bittet, auch die traurige Lage des Mittelstandes zu berücksichtigen.

Abg. Karsten (Soz.) wirft der Regierung vor, daß sie aus Furcht vor einer Regierungskrise keine höheren Renten bewilligen wolle.

Unter Ablehnung aller Änderungsanträge wird darauf die Vorlage in der ersten Ausfertigung endgültig angenommen.

Es folgt die dritte Beratung des Gesetzentwurfs über die technischen

## Vorbereitungen der Wahlen des Reichspräsidenten.

Abg. von Kardorff (D. V. B.) beantragt, um eine Zersplitterung zu vermeiden, die Bestimmung zu streichen, daß der Wähler seine Stimme auch für eine nicht vorgeschlagene Person abgeben dürfe.

Die Abg. Dittmann (Soz.) und Brodauf (Dem.) halten die Bestimmung für notwendig, damit man bei den Wahlen nicht

behaupten könne, die Parteien wollten die Volksmeinung verzerren.

Der Antrag von Kardorff wird darauf abgelehnt und der Gesetzentwurf einstimmig angenommen.

Zur Verhandlung gelangt dann der Gesetzentwurf über die Zulassung der Renten und der Angestelltenversicherung.

Der Steigerungsbeitrag beträgt in der Gehaltsklasse F 1 M., in G 2 M., in H 3 M. und in der Gehaltsklasse J 4 M. Der Ausschuss fordert einen Gesetzentwurf, der neben einer Erhöhung der Versicherungspflichtgrenze in der Angestelltenversicherung auch eine Erhöhung der Leistungen vorsieht.

Ministerialdirektor Griseb vom Arbeitsministerium sagt für den April die Einbringung einer Vorlage zur Erhöhung der Versicherungspflichtgrenze zu.

Abg. Aufhäuser (Soz.) wirft der Regierung vor, sie habe für die Angestellten nichts übrig. Die Vorlage könne an Driftigkeit nicht überboten werden.

Abg. Torgler (Komm.) beantragt eine Erhöhung der Versicherungspflichtgrenze auf 9000 Mark.

Abg. Schaeber (D.) fordert eine bessere Berücksichtigung der unteren Klassen. Hier werden wirkliche Hungergehälter gerettet. Mit so niedrigen Rentenbeträgen können selbst Hungerlöhne nicht auskommen.

Abg. Thiel (D. Sp.) spricht zugleich für seine Fraktion, für die Deutschnationalen, für die bayerische Volkspartei und für die Wirtschaftspartei und erklärt, daß gegenwärtig nicht mehr zu erreichen sei.

Der Vorlage wird schließlich zugestimmt.

Angenommen wird ein Antrag des Ausschusses für die besetzten Gebiete, die Reichsregierung zu ersuchen, bei der bevorstehenden Wiederaufnahme der Pariser Verhandlungen über die Anrechnung der Bekämpfungskosten auf die Annuitäten mit allen Kräften daraufhin zu wirken, daß eine feste Begrenzung der Bekämpfungskosten und damit auch eine Begrenzung der Beschlagnahme von Wohnungen und öffentlichen Gebäuden, insbesondere von Schulen und Krankenanstalten erreicht wird.

Das Haus vertagt sich sodann. Nächste Sitzung Dienstag, 2 Uhr nachm.

Schluß nach 8 Uhr. Tagesordnung: Etat des Justizministeriums.

Die Regierungsbildung in Preußen. Die deutschnationale Fraktion des preussischen Landtages besprach Donnerstagabend die Anregung des Ministerpräsidenten Marx, ein Kabinett zu bilden, das aus einem Deutschnationalen, einem Zentrumsmittglied und einem Demokraten unter Ergänzung durch Beamte, die der Deutschnationalen Volkspartei und den Sozialdemokraten nahestehen, bestehen soll. Die Fraktion lehnte, wie W.D. meldet, ein Kabinett ab, an dem Sozialdemokraten in irgend einer Form beteiligt sind. — Die sozialdemokratische Landtagsfraktion wählte zu Vorsitzenden der Fraktion mit gleichen Rechten die Abg. Heilmann, Haas, Reid und Grzesinski.

Die Gesellschaft für drahtlosen Dienst. In letzter Zeit hat sich die Öffentlichkeit wiederholt mit der „Gesellschaft für drahtlosen Dienst“ (A. G. für Buch und Presse) in Berlin beschäftigt und ihre Gründungsvorgänge sowie ihre Tätigkeit einer scharfen Kritik unterzogen. Im besonderen richteten sich die Angriffe gegen das frühere Vorstandsmittglied und jetzigen Prokuristen der Gesellschaft Ernst Heilmann, dem u. a. vorgeworfen wird, vor kurzem Aktien der Gesellschaft, die er aus Reichsmitteln erworben habe, als sein Eigentum an einen Verleger für 75 000 Mark veräußert zu haben. Um die gesammelten Fragen restlos aufzuklären, hat der Reichsminister des Innern, wie das Nachrichtenbüro des Vereins Deutscher Zeitungverleger aus parlamentarischen Kreisen erzählt, besondere Sachverständige mit der eingehenden und beschleunigten Nachprüfung der Angelegenheit beauftragt.

Lohnherabsetzung in Belgien. Im Laufe einer Sitzung der Gemischten Kommission für die Rüstungsindustrie forderten, wie aus Brüssel gemeldet wird, die Vertreter der Arbeitgeber eine Lohnherabsetzung um 10 Prozent, die nach ihrer Meinung durch die augenblicklich herrschende Inflation berechtigt sei. Die Delegierten der Arbeitnehmer haben sich diesem Vorschlag widersetzt. Die Vertreter der Arbeitgeber haben absdann vorgeschlagen, die 10prozentige Lohnherabsetzung in zwei Etappen vorzunehmen und zwar um 5 Prozent am 1. April und die übrigen 5 Prozent am 1. Mai. Die Arbeitervertreter haben auch dieses abgelehnt, worauf die Vertreter der Arbeitgeber erklärten, sie würden ab 1. April die Löhne herabsetzen.

Kredite der Rentenbank. Wie W.D. meldet, hat die deutsche Rentenbank weitere 30 Millionen Mark an die Treuhandstelle zur Weitergabe an die landwirtschaftlichen Kreise übertragen, so daß mit diesen bis jetzt zusammen 160 Millionen Mark zur Verfügung gestellt worden sind.

# Badisches Landestheater

## II. Gastspiel der Mailänder Opern-Stationen

Der außerordentliche Erfolg des ersten Abends hatte die Erwartungen für das zweite Gastspiel der Italiener noch erheblich gesteigert. Das konnte man schon äußerlich an dem in Parkett, Rängen und Galerie vollbesetzten Haus feststellen, und wiederum wurde auch dieser Abend zu einem außergewöhnlichen Ereignis. Nachdem die Gäste zwei Tage zuvor eine Troubadour-Aufführung von höchster artistischer Virtuosität und musikalisch pridelnder Gastigkeit gesehen hatten, überraschten sie diesmal durch leidenschaftliche Unmittelbarkeit. O. Wie nennt die „Cavalleria rusticana“ eine brutale Erhöhung von Wagner. Man kann dieses Wort über den Verismus nach den Eindrücken der Vorstellung nicht nur für das Werk aufs Neue anerkennen, sondern auch auf den Stil der Wiedergabe anwenden. Und ganz besonders gilt es von der Santuzza Eva Turners, die durch unbedingte Lebensnähe sowie souveräne Theatralik imponierte und sich an dem realen Alltag des Geschehens wirklich entzündete. Man vergißt ja bei solch allbekannten Figuren gern, wie raffiniert sie im Grunde angelegt werden müssen, um unproblematisch und einfach zu erscheinen. Hier war aber alles gegeben, um die Nerven zu peitschen, um selbst jenes Vorzittern und Nachzittern von Erregungen zu schaffen, auf dem sich das musikalische, beziehungsweise rein geistigtechnische Element voll und ganz auswirken kann. Ähnliches wäre auch bei dem Turidu Francesco Battaglia's zu wiederholen, der die „Lolalarbe“ des Naturburschen glänzend traf und mit seiner prächtig geschnittenen Tenorstimme den Feinschmeckern besondere Genüsse vermittelte. Neben Doria Tongo (Dora) und Sara Scuderi (Lucia) fiel leider der Alfio Perucco's etwas aus dem Rahmen. Kein Zweifel, es gibt also auch in dem gemieteten Land der Sangeskunst wirklich schlechte Sänger. Solches gerade bei einem Stück konstatieren zu müssen, das kaum schlecht zu geben ist, bleibt schmerzhaft.

Wie üblich folgte in der zweiten Hälfte des Abends Leoncavallo's „Bajazzo“, das sensationelle Werk des andern Vollblutitalieners, der übrigens mit seinen Pazzi gerade

von Mailand (1892) aus seinen Triumphzug durch die Welt antrat. Unverkennbar war daher auch der komödianten ein bestimmter Traditionskomfort anumerken, den man sonst nicht so leicht antrifft, und der Gesamtwiedergabe eine über die konventionellen Grenzen hinausragende explosiv dramatische Spannkraft. An stimmlicher Kultur boten überdies die beiden männlichen Hauptvertreter das Allerbeste. Schon der Prolog Fregosi's, der zum Teil wiederholt werden mußte, war eine Glanzleistung, wie man sie sich kaum besser von einem anderen Bassisten wünschen konnte, und zumal staunenerregend, mit welchem Behaglichkeitsgefühl er den Ton ins fast Endlose anschwellen ließ. Und er hatte nicht nur Ton in der Kehle, sondern auch viel Temperament im Herzen, das zeigte nachher seine famose Darstellung. Vittorio Lois als Canio erinnerte lebhaft an Caruso's berühmtes Vorbild. Das klingt vielleicht phrasenhaft, weil Caruso als unerreicht einmaliges Phänomen vielen im Gedächtnis steht, ist aber dennoch richtig, insofern Vittorio Lois offenbar ganz ähnlichen Charakter besitzt und unter der Karnevalsmaske ebenfalls sehr intellektuelles Spiel zeigt. Dem kräckerter ihre Vögelintrialitäten recht hübsch, hielt sich aber ebenso wie Savaris (Pappo) und Ferruccio (Silbo) in merkwürdiger Distanz von den Hauptpartnern. — Beide Opern leitete wiederum Maestro Egisto Tongo mit starkem Gefühl für das Wirkame und doch behutvoll den Stimmen genügend Spielraum zu freier Entfaltung gebend.

Die italienischen Gäste hatten großen Erfolg, und zweifellos wird ihnen gleich starker Beifall überall, wo sie auf ihrer dreimonatlichen Turnee hinkommen, sicher sein. Bei einem dreimonatlichen Zusammensein nach Schluß der Vorstellung wurde auch der Wunsch laut, sie nochmals hier zu hören. Die Kritik kann diesen Gedanken nur lebhaft begrüßen. Denn der Anregungen, die von solchen Gastspielen ausgehen, sind so viele, daß jeder wahre Theaterfreund immer gern die Gelegenheit ergreifen wird, sie auf sich wirken zu lassen. Es ist ja auch nicht so, daß wir in Deutschland keine eigene Stimmkultur und selbständige Künstlerkultur besitzen. Das war vor hundert und mehr Jahren einmal so, wo in Deutschland überhaupt nur italienisch gesungen wurde und nur ein Ita-

# Chamberlain in Gent

## England gegen das Genfer Protokoll

Im Völkerrundrat zu Genf hielt Chamberlain seine von der Welt mit Spannung erwartete große Rede, die ohne weiteres als eine Erklärung des Genfer Protokolls betrachtet werden kann. Der englische Außenminister schlug vor allem eine Presse in das Genfer Protokoll dadurch, daß er notwendige wirtschaftliche Sanktionen, die bekanntlich auf den Wunsch Frankreichs in das Protokoll aufgenommen worden sind, als eine Maßnahme hinstellte, die eher die Gefährlichkeit und die allgemeine Spannung in der Welt erhöhen könnte, als daß sie geeignet wären, einen friedlichen Zustand zu schaffen.

Er wendet sich ganz besonders gegen die Artikel 7 und 8 des Protokolls, in denen es sich darum handelt, die Frage des Angreifers festzustellen. Dagegen vertritt Chamberlain den Standpunkt, daß wenn ein Angreifer befestigt sei, ihm die Kosten für den Krieg und die volle Verantwortung für die Wiederherstellung des angegriffenen Schadens zur Last stelle. Doch dieses Zugeständnis ist eigentlich rein platonisch, denn nach dem Chamberlain die Artikel 7 und 8 des Protokolls angefochten hat, ist auch dieses Zugeständnis, dem Angreifer nach dessen Niederwerfung die vollen Kosten des Krieges aufzulegen, eine reine Nebensächlichkeitsfrage. Im weiteren Verlauf seiner Rede befaßte sich Chamberlain mit der Frage, ob es wünschenswert sei, zu den im Jahre 1923 ventilirten Vorschlägen von Lord Robert Cecil zurückzukehren. Es schien aber in bezug auf den Plan Cecil's ganz ähnliche Bedenken zu äußern, wie in bezug auf das Genfer Protokoll. Jedenfalls ließ er die Möglichkeit offen, daß durch die Verquickung gewisser Vorschläge des Plans von Cecil und des Genfer Protokolls die Wege für die weitere Diskussion frei gemacht würde. Von ganz besonderer Wichtigkeit ist es, daß Chamberlain gegenüber dem französischen Standpunkt die Überzeugung vertrat, daß ein Welt, ohne die Festlegung von Sanktionen, also ausschließlich und allein auf das Wort und die feierliche Bekräftigung des Rates durch die beteiligten Regierungen begründet, unbedingt als Sicherheit anzusehen sei. Die französische Regierung versucht in den letzten Tagen ganz besonders Deutschland für den Fall, daß es für einen Sicherheitspakt eintreten sollte, zu verächtigen, einen derartigen Vertrag als Papierfetzen zu behandeln. Chamberlain vertritt den gegenteiligen Standpunkt, er sagte ausdrücklich: „Wenn man an das gegebene Wort nicht mehr glaubt, so hat es keinen Zweck, einen Pakt überhaupt abzuschließen.“ Als Lösung aus der gegenwärtigen Lage empfiehlt Chamberlain, wohl ohne tiefere Überzeugung, doch in einer rein formellen Erklärung, daß die englische Regierung im Einverständnis mit den Dominions bereit sei, eine Revision des Genfer Protokolls auf Grund der erwähnten Vorbehalte zu bewilligen. Selbstverständlich ist dieser Antrag nicht von praktischer Bedeutung, denn das Genfer Protokoll, so wie es vorhanden ist, bildet ein geschlossenes Ganzes, das unter französischem Einfluß entstanden ist. Wenn nun, wie Chamberlain erklärt, die Sanktionen fallen gelassen werden sollen, so dürfte ohne Zweifel ein derartiges Protokoll Frankreich in keiner Weise interessieren. Deshalb ist Chamberlain's Rede als die Veranlassung des Genfer Protokolls zu bezeichnen. Chamberlain teilte noch mit, daß er von sämtlichen Dominionsregierungen, ausgenommen Irland, eine zustimmende Erklärung über die in seiner heutigen Rede enthaltenen Bedenken erhalten habe.

In der Nachmittagssitzung am Donnerstag gab Briand namens Frankreich's seine mit ähnlicher Spannung erwartete Erklärung ab. Seine Regierung halte am Genfer Protokoll fest, verweigere aber in keiner Weise ihre Teilnahme bei Wiederaufnahme der Verhandlungen über seine Aufgestaltung. Die wirtschaftlichen, finanziellen und militärischen Sanktionen des Protokolls seien bereits im Völkerrundrat enthalten.

Solalova (Italien) erklärte, ein besonders schwerer Fehler sei die Bestimmung über die Exekution an den zum Angreifer erklärten Staat. Er könne, wenn auch nicht in allen, so doch in sehr vielen Punkten, Chamberlain zustimmen, halte aber den Glauben an die Wirksamkeit der Grundfrage, auf denen das Genfer Protokoll aufbaut, aufrecht. Solalova wiederholte den Vorschlag Chamberlain's zum Abschluß von Verständnissen rein defensiver Art zwischen den unmittelbar daran interessierten Staaten.

Von den weiteren Rednern rühmte der belgische Außenminister Dumas die Vorzüge des im Genfer Protokoll aufgestellten Systems.

## Außenminister Stresemann zur Sicherheitsfrage

Aber die deutschen Anregungen in der Sicherheitsfrage stellte Reichsaussenminister Dr. Stresemann der „Kölnischer

Wiener des Künstlernamens würdig schien. Jedoch Vergleich wollen wir ziehen und wenn möglich aus Vergleiches lernen zum Nutzen unseres eigenen künstlerischen Nachwuchses. Wie könnte das aber besser erreicht werden als durch ähnliche Gastspiele aus dem klassischen Land der Oper und Gesangs-kunst?

Sinfoniekonzert des badischen Landestheaterorchesters. Das Montag den 16. März, abends halb 8 Uhr, stattfindende Sinfoniekonzert des badischen Landestheaterorchesters beanspruchte schon durch seine Vortragfolge, die ausschließlich russische Musik bringen wird, starke Sonderbeachtung. Während aber vor einiger Zeit durch die Erstaufführung eines Werkes von Strjabin die Bekanntheit mit der nervös empfindsamen Ausdruckskraft eines modernen Russen vermittelt wurde, ist das Programm des nächsten Sinfoniekonzerts von einer etwas älteren Entwicklungsperiode der russischen Nationalmusik beherrscht. Im Rahmen eines ganzen „Russischen Abends“ gelangen mehrere hier selten oder noch gar nicht gehörte Werke von den bedeutendsten Vertretern der sog. jung-russischen Schule zur Wiedergabe. Von dem noch lebenden S. Rachmaninoff erscheint als Novität die durch das bekannte Gemälde A. Rodin's inspirierte sinfonische Dichtung „Die Toteninsel“ von Rimski-Korsakow, dem Komponisten der jetzt mehrfach in Deutschland gespielten Oper „Der goldene Hahn“, kommt die reizvolle sinfonische Suite „Schönerabend“ zur Aufführung, die als instrumentales Glanzstück ersten Ranges durch alle Konzertsäle der Welt die Kunde macht. Sodann erhält dieser russische Abend durch die Mitwirkung des hier beständigsten Wienerer Pianisten Prof. Dr. Paul Weingarten eine besondere Anziehungskraft. Er wird den schwierigen Solopart in R. Tchaikowskys Klavierkonzert Nr. 1 (b-moll) spielen und außerdem einige Stücke aus M. Moussorgskys Klavierstücke „Bilder einer Ausstellung“ zum ersten Male hier zum Vortrag bringen. Moussorgskij ist gerade in Deutschland seit der Erstaufführung seiner inisch-russischen Nationaloper „Boris Godunow“ schnell berühmt geworden. Die Leitung des äußerst interessanten Konzertes liegt in den Händen von Staatskapellmeister Alfred Korent.

# Politische Neuigkeiten

## Bölkerbund und Saargebiet

ang. Ausführungen zur Verfügung, worin er zunächst die durch die Nichträumung der 1. rheinischen Zone geschaffene Lage schildert. Da der Alpenrand Frankreichs vor einem etwaigen deutschen Angriff, so läßt er uns erscheinen mag, auch heute noch weite Kreise der französischen öffentlichen Meinung beherrscht, haben unsere Botschafter und Gesandten in Paris, London, Rom und Brüssel mitgeteilt, Deutschland sei bereit, einem Sicherheitspakt der am Rhein interessierten Mächte beizutreten, sei es, daß er sich auf Abmachungen über die Vermeidung eines Krieges bezöge, sei es, daß er eine Garantie des gegenwärtigen Bestandes am Rhein zum Gegenstand hätte und sei außerdem bereit, zur Befestigung des deutschen Friedenswillens, mit allen Staaten Schiedsgerichtsverträge zu schließen. Endgültige Vorschläge haben wir nicht gemacht, wohl aber die Grundgedanken unserer Anregungen in einem kurzen, in allen alliierten Hauptstädten übergebenen Memorandum niedergelegt. Wir sind damit für das deutsche Gefühl bis an die Grenze des Möglichen gegangen. Die Garantie der Sicherheit der deutschen Westgrenze bedeutet einen schmerzlichen Verzicht im Hinblick auf die Entwidlung der deutschen Geschichte und auf die Erinnerungen, die uns ewig teuer sein werden, aber es bedeutet auch einen Verzicht derjenigen französischen Politiker und Militärs, die nicht verschmerzen können, daß der Vertrag von Versailles die Rheinlande bei Deutschland ließ. Wir wissen, daß die offizielle französische Politik diesen Männern fernsteht, aber wir wissen auch, welche nicht auszudenkenden Folgen es für den europäischen Frieden haben würde, wenn frevelnde Hände es versuchte, deutsches Rheingebiet Frankreich einzuverleiben. Deutschland hat nur einen Wunsch, endlich einmal für absehbare Zeit in Frieden, Ordnung, Freiheit und Wohlfahrt sich zu entwickeln und unter Innehaltung gegebener Verpflichtungen wieder aufbauen zu können. Wir konstatieren mit Genugtuung, daß der deutsche Schritt verständnisvolle Aufnahme fand, und daß Herriot erklärte, daß an Deutschlands gutem Willen nicht zu zweifeln sei. Wir stellen weiter mit Genugtuung fest, daß der englische Außenminister betonte, daß die englische Regierung der deutschen Anregung größte Bedeutung beimesse und sie mit größtem Ernst zu prüfen gedenke. Um so festsamer sind die Proteste der Presse der anderen Länder gegen den deutschen Schritt.

Gegenüber den polnischen Behauptungen, die deutsche Politik wolle die Nachbarn im Osten überfallen, weil Deutschland die östlichen Grenzen nicht in seinen Garantiegebieten einbezogen habe, betont der Minister, daß die Forderung der deutschen Grenzen im Osten nicht dem Gedanken des Selbstbestimmungsrechtes der Völker entspreche. Deutschland habe nicht die Gewalt, eine Änderung seiner Grenzen zu erzwingen und nicht den Willen, es zu tun. Wenn aber Artikel 19 des Völkerbundesstatuts ausdrücklich sagt, daß unanwendbare Verträge geändert werden können, so kann niemand von Deutschland erwarten, daß es unbillig darauf verzichte. Deutschland dürfe das Refugium einer Entwicklung der Zukunft in friedlichem Sinne auch seinerseits für sich in Anspruch nehmen.

Der Minister weist sodann die Behauptung von einer intransigenten Haltung Deutschlands gegenüber dem Bölkerbund zurück. Nur wehre sich Deutschland gegen die Verpflichtung, im Falle einer Völkerbundverletzung militärischen Beistand zu leisten, den Durchmarsch fremder Truppen zu gestatten und sich an wirtschaftlichen Wohlstandsmagnaten zu beteiligen, da eine solche Verpflichtung es mit der Kriegsbedrohung anderer Nationen bedrohen könne. Deutschland sei nicht imstande, auch nur seine Grenzen zu verteidigen. Ein Hilfsmittel, wie wir ihn erstreben, kann schwerlich außerhalb des Völkerbundes stehen. Wenn der gute Wille bei den anderen Mächten besteht, auf der Grundlage des erprobten Sicherheitspaktes mit Deutschland gleichberechtigt zusammen zu wirken, dann werde auch ein Weg möglich sein, um diese Schwierigkeiten zu beheben.

**Polen und die Sicherheitsfrage**

Die „Gazeta Warszawska“, das Organ der nationaldemokratischen Partei Polens, führte in einem Leitartikel vom 10. März zur Frage der Sicherheit u. a. aus, daß nicht der mit dem kaiserlichen Namen „Korridor“ bezeichnete Gebietsstreifen die Quelle des Unfriedens in Europa sei, sondern die Tatsache, daß Ostpreußen bei Deutschland geblieben sei. Diese Stimme des führenden polnischen Parteiorgans ist dem „Tagbl.“ zufolge typisch für die in breiten Kreisen Polens herrschende aggressive Stimmung. Polen habe sein Ziel, sich Ostpreußen zu bemächtigen, das es auf der Friedenskonferenz von 1919 mit allen Kräften erstrebt, aber nicht erreicht, auch heute noch nicht aufgegeben. Dabei ist Ostpreußen rein deutsches Land mit fast 3 Millionen Köpfen. Im heutigen Polen dagegen sind schon jetzt 35-40 Prozent der Bevölkerung Angehörige fremdstämmiger Einheiten. Trotzdem ist das Parteiblatt der größten und einflußreichsten Partei Polens, eine Gefährdung des Friedens darin, daß Ostpreußen beim Deutschen Reich verblieben ist. Nichts ist so charakteristisch für die Lage Ostpreußens und für die polnische Mentalität, wie die Tatsache, daß man in Polen die Isolierung Ostpreußens und die dadurch entstehenden Schwierigkeiten kurzerhand dadurch beseitigen will, daß man Ostpreußen einverleibt.

**Kurze Nachrichten**

**Zum Eisenbahnerstreik.** Im Reichsarbeitsministerium fanden Donnerstag vormittag Verhandlungen über den Eisenbahnerstreik statt. Die zur Einsetzung eines Schlichtungsausschusses führten. Dieser vom Reichsarbeitsministerium eingeleitete Schlichtungsausschuss wird heute unter dem Vorsitz des Ministerialrates Dr. Meyer zusammenzutreten. Das Reichsarbeitsministerium sprach die bestimmte Erwartung aus, daß während der Dauer der Schlichtungsverhandlungen jede Verschärfung der Situation unterbleibe. Die Parteien sagten ihr möglichstes in dieser Hinsicht zu.

**Schlus mit Diller!** Im bayerischen Landtag führte zu Beginn der Donnerstagsitzung ein Abgeordneter der Bayerischen Volkspartei aus, Diller habe bei seinem ersten Wiederauftreten gezeigt, daß er in keiner Weise von seiner Bergangenheit abzurücken gedenke. Das bayerische Volk habe genug von Strafenagitation und politischen Lorbeeren und fordere von seiner Regierung, daß sie kraftvoll vorgeht. Die Bayerische Volkspartei erwarte, daß mit allen gesetzlichen Mitteln gegen Verweise, den Zustand vom November wieder herbeizuführen, eingeschritten wird.

**Auslieferung der Spritschieber.** Die in der Tschecho-Slowakei verhafteten Spritschieber Karl und Hermann Weser, werden, nach Mittermeldungen, am Samstag nach Deutschland ausgeliefert werden. Die tschechischen Beamten, die zu ihrer Verhaftung beigetragen haben, erhalten die Prämie von 200 000 tschechischen Kronen.

**Metallarbeiterstreik in Italien.** Ein Metallarbeiterstreik, der von den sozialistischen Gewerkschaften in Brescia ausgegangen ist, hat sich weiter ausbreitet. Er droht, wie aus Rom gemeldet wird, zu einem Generalstreik in der ganzen Provinz zu werden. Parallel damit geht eine Bewegung unter der Beamtenschaft der Metallindustrie.

W.A. Genf, 13. März. Im Widerspruch zu einer Abmachung, die der Bölkerbundrat vor drei Jahren darüber getroffen hatte, daß ein Mitglied der Saarregierungs-Kommission nur fünf Jahre im Amt bleiben darf, hat der Rat gestern Abend in einer Geheim Sitzung den seit 1920 amtierenden Präsidenten der Regierungs-Kommission, Kautz, für ein weiteres Jahr in seinem Amt bestätigt. Auch die übrigen Mitglieder der Regierungs-Kommission werden für ein weiteres Jahr in ihrem Amt belassen. Unter diesen Umständen erklärte sich Frankreich mit dem von England unterstützten Vorschlag Schwedens einverstanden, das Amt des Präsidenten auf Grund eines jährlichen Turnus zu vergeben. — In der Frage der Zurückziehung der französischen Truppen aus dem Saargebiet soll sich der Rat mit dem Vorschlag Frankreichs begnügen haben, im Laufe dieses Jahres einige 100 Mann aus dem Saargebiet abzurufen.

## Im Magdeburger Prozeß

wurde am Donnerstag der Zeuge Drolat vernommen. Er schildert dann eine Versammlung der U.S.P. und des Spartakusbundes, in der die Streikforderungen aufgestellt und die Streikleitung gewählt wurde. Wir wünschen, daß unser Parteivorstand in die Streikleitung käme. Ebert sträubte sich mit Händen und Füßen gegen eine Beteiligung in der Streikleitung. Ebert sagte, es müsse versucht werden, den Streik so schnell wie möglich zu beenden. Zur Frage der Stellungsbesetzung sagte Ebert: Wir werden natürlich in unserer Eigenschaft als Reichstagsabgeordnete versuchen, die größten Härten zu mildern. Aber selbstverständlich müssen die Stellungsbesetzung befolgt werden. — Zeuge Wulfsch, Bezirkssekretär der S.P.D., berichtet ausführlich über die dem Eintritt der S.P.D. in die Streikleitung vorhergegangenen Verhandlungen. Wulfsch forderte den Parteivorstand auf, in die Streikleitung einzutreten. Vor der entscheidenden Delegiertenversammlung wurde uns vom Parteivorstand erklärt, er habe sich unseren Gründen nicht verschließen, er wolle in die Streikleitung eintreten, um den Streik abzufürzen und dadurch den der Landesverteidigung erwachsenden Schaden nicht so groß werden zu lassen. In einer Delegiertenversammlung im Gewerkschaftshaus am Nachmittag stellte Wulfsch dann den entscheidenden Antrag, daß die Parteimitglieder zum Eintritt in die Streikleitung aufgefordert würden. Lebensur sprach sich dagegen aus. Der Antrag wurde mit großer Mehrheit angenommen. Der Parteivorstand bestimmte Ebert, Scheidemann und Brauns als Delegierte in die Streikleitung. Korrespondent: Ist von den Stellungsbesetzungen gesprochen worden? Zeuge Wulfsch: Ja, sowohl, da hat Ebert ausdrücklich erklärt, der Parteivorstand kann nur dringend empfehlen, den Stellungsbesetzungen Folge zu leisten.

## Badischer Teil

### Der Hagenschiesprozeß

Dem Angeklagten Abele wird weiter zur Last gelegt, daß er den Vertriebenen Emil Latzsch zum Meineid habe verleiten wollen. Abele erklärte, am heutigen 9. Verhandlungstag, dazu, Latzsch habe ihm das Haus eingelaufen, weil er ein Gut kaufen oder einen Teil des Hagenschies pachten wolle. Am 1. April 1921 hat Abele dem Latzsch telegraphisch zu kommen. Dieses Telegramm habe sich keineswegs auf eine am selben Tag stattfindende Vernehmung vor dem Untersuchungsrichter bezogen. Latzsch kam spät abends, und wir trafen uns auch an dem Tage. Er fragte mich, was es Neues gebe, worauf ich ihm von dem Vorgefallenen erzählte. Ich habe Latzsch in keiner Weise veranlaßt, dem Untersuchungsrichter irgend etwas Unwahres zu sagen.

Der Vorsitzende hält Abele ein Protokoll vom 13. August 1921 vor, das das Gegenteil besagt. Der Angeklagte führt das auf einen Schreibfehler zurück. Der Vorsitzende bemerkt, daß das Protokoll vom Untersuchungsrichter diktiert worden und ein Irrtum ausgeschlossen sei. Der Vorsitzende fragt weiter: Haben Sie Latzsch in der Gerichtsphase einen Zettel zugehakt? Abele: Es war ein Scheck über 20 000 Mark. Ich hatte das Gefühl, Latzsch das Geld schuldig zu sein, weil er keine Obligationen des 8-Millionen-Anlehens von Kronos & Walter mehr erhalten konnte, wie ich ihm versprochen hatte. Vorsitzender: Sie sind aber ein guter Mensch. Abele: Den Scheck ließ ich mir wieder zurückgeben, als ich merkte, daß Latzsch keinen Anspruch hatte.

Darauf kommt ein Protokoll zur Verlesung, wonach der inzwischen ausgesanderte Latzsch erklärt hat, daß er niemals Obligationen beantragt, daß er keine 20 000 Mark erhalten und diese daher auch nicht zurückgeben konnte. Was auf dem Zettel stand, den er unterschrieben habe, wisse er nicht. Abele: Latzsch ist nicht der harmlose Mensch, als den er sich hinstellt. Seine Behauptung vor dem Untersuchungsrichter, daß er nicht lesen und schreiben könne, ist eine Unwahrheit. Zeuge Wetterer: Wir wurde Latzsch als Menomit vorgestellt. Die Angeklagten Wirtenberger und Deterl sprechen auf Grund ihrer Erfahrungen von einem gefälschten Befehl des Latzsch, der einmal entminiert worden sei.

Dann wird Landgerichtsrat Hoffmann über das von Abele angezeigte Protokoll gehört. Ein Irrtum sei völlig ausgeschlossen, zumal in einem derartigen Kardinalpunkt. Der Zeuge Latzsch habe auf ihn einen durchaus glaubwürdigen Eindruck gemacht. Zeuge Rechtsanwalt Wewel hatte als Prozeßvertreter von Abele und Dornoff Gelegenheit, mit Latzsch bekannt zu werden. Er sei aus ihm nicht Lug geworden; Latzsch war merkwürdig unternehmend, aber gedrückt und immer in Nöten. Rechtsanwalt Köppl vertrat den Latzsch in einem Schiedsverfahren. Auf ihn habe er den Eindruck eines Sonderlings gemacht.

Die Verhandlung wendet sich dann der Anklage gegen Wirtenberger zu. Dieser bestritt entschieden, für die 28 000 M. zuviel bezahlter Vorkauf zu verantwortlich zu sein. Der Sachverständige, Oberforstmeister Spitzmüller, sowie der Zeuge Staatsförster Schmitt, erklärten sich die Überzahlung aus den unbeschreiblichen Zuständen im Holzfallbetrieb, die jede ordnungsgemäße Abschätzung unmöglich gemacht hätten. Es habe an dem geschulten Forstpersonal gefehlt. Zeuge Wetterer gibt an, Wirtenberger habe die Direktion unterrichtet, daß der Forstwart Hipp seiner Aufgabe nicht gewachsen sei und darauf sei ihm Egidment von der Forstdirektion beigegeben worden. Zeuge Domänenpächter Ehlig-Gausatz war 1920/21 Leiter der Abteilung für den Holzverkauf auf dem Hagenschies. Er bekundet, daß für die vielen Leute zu wenig Aufsichtspersonal vorhanden gewesen sei. Wirtenberger habe einen ehrlichen Eindruck gemacht. Die Dinge seien ihm aber über den Kopf gewachsen. Ein Teil der Arbeiter habe sich bei der Lohnzahlung sehr auffällig gezeigt. Man habe in solchen Augenblicken besser getan, nachzugeben, sonst wäre man vielleicht tatgeschlagen worden. (Fortf. folgt.)

## Der bad. „Stahlhelm“ und der Tod Eberts

In Schwellingen hielt der „Stahlhelm“, Bund der Frontsoldaten (Landesverband Baden) am Volkstrauertag eine Totengedenkfeyer ab, wobei der Landesleiter v. Neuville der Trauer über den Tod des Reichspräsidenten mit folgenden Worten Ausdruck gab: „Angeichts des Todes schweigen alle Tagesstreitigkeiten und politischen Gegenstände. Der Trauerflor um unsere Helden für die gefallenen Kameraden gilt in diesem Augenblick auch dem so plötzlich Dahingegangenen, unserem 1. Reichspräsidenten. Der „Stahlhelm“ hat den Schatz der Verfassung auf seinen Schild geschrieben und so gedenken wir des Verstorbenen und danken ihm dafür, daß er sich jederzeit bemüht hat, soweit es in seinen Kräften stand, ausgleichend in unserer Wolfe zu wirken. Wir werden es nicht vergessen, daß er als Reichspräsident stets als deutscher Mann gesprochen hat. Im Anschluß daran senkten sich die Fahnen.“

In einem Artikel „Der Tod Eberts und das Ausland“ schrieb die deutschnationale „Badische Zeitung“ u. a.: „Allgemein wird im Ausland dem Tode beifällig — was dem Lebenden zugutegehehen man sich wohl gehütet hat —, daß er an seinem Teil kräftig dazu beigetragen habe, zu verhindern, daß Deutschland dem Bolschewismus anheimfiel, und daß er dadurch Europa vor einer Verelendung bewahrt habe, gegen die das Kriegselend noch ein irdisches Paradies gewesen wäre. Das Blatt bestritt allerdings Ebert das Alleinverdienst daran, sagt aber des weiteren: „Die Festigkeit, womit er erst auf die Wahl einer verfassunggebenden Nationalversammlung drängte, die Beharrlichkeit, womit er dann dem Spartakismus und dem Sowjet-Kommunismus gegenüber, die Notwendigkeit gleichmäßiger Weiterentwicklung vertrat, hat Europa einen Dienst erwiesen, wofür die Reflektierte der Auslandspresse jetzt einen, reichlich späten, Dank abzusprechen sich gedrungen fühlen. Für uns Deutsche hat diese Anerkennung nach dem Tode eines etwas bitteren Beigeschmack. Und wir können nicht gut umhin, dabei die Frage aufzuwerfen: was hat denn Europa getan, um die Stellung des deutschen Reichspräsidenten zu stärken, der ihm so unschätzbare Verdienste geleistet hat? Europa war doch allzeit besorgter darum, daß der Amosläufer Poincaré nur nicht zum Schaden käme, als darum, daß dem Präsidenten Ebert der weitere Widerstand gegen den Bolschewismus nicht unmöglich gemacht würde.“ Weiter heißt es in dem Artikel: „Die Stellung, die das Ausland zum Tode des Reichspräsidenten einnimmt, gibt uns, mit ihrer verpateten Anerkennung dieser Tatsache, Fingerzeige, die wir bei der Neuwahl nicht unbeachtet lassen sollten. Wir müssen auf dem Wege weiter, den wir mit sichtbarem Erfolg eingeschlagen haben. Wir dürfen dem Ausland jetzt keine Enttäuschung bereiten, will sagen, wir dürfen keine Präsidentenwahl tätigen, die die Aussicht auf eine Wiederbelebung der inneren Wirren eröffnet, die hinter uns liegen. Wir brauchen einen Präsidenten, dessen Person eine Bürgschaft dafür ist, daß die Dinge sich bei uns ohne gewaltsame Erschütterungen, in geordneten und gleichmäßigen Bahnen weiter entwickeln können, wie im letzten Jahre der Präsidentschaft Eberts.“ Der Artikel weist dann jede Einmischung des Auslandes zurück und tritt für ein Zusammengehen der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen ein, womöglich für ein Zusammengehen mit weiteren Parteien.

## Die Landesversammlung der Badischen Heimat

findet vom 16. bis 18. Mai 1925 in Forzheim statt. Stadtverwaltung und Ortsgruppe sind bereits mit den Vorbereitungen beschäftigt. Die Stadt Forzheim wird Emil Göts „Edelwild“ aus diesem Anlaß aufzuführen lassen, die Ortsgruppe wird eine Heimatfeier den Teilnehmern lassen, die der u. a. Hermann Erbs Basse über den badischen Dichter Emil Strauß sprechen wird. Beschäftigungen des neuen Reichsmuseums, der ständigen Musterausstellung sowie Forzheimer Industriebetriebe sind vorgesehen. Der Montag führt die Gäste nach Königsbach und Stein, und beschlossen wird die Tagung mit einem großzügigen Heimatabend in Durlach. Privatquartiere werden zur Verfügung gestellt.

## Schaupflügen auf dem Versuch- und Lehrgut der Bad. Landwirtschaftskammer in Karlsruhe

Im Vordergrund des Interesses der landwirtschaftlichen Wissenschaft und Praxis und zwar sowohl des Grob- als auch des Kleinbetriebes, steht heute die Frage der Motorisierung der Landwirtschaft. Die bisher gemachten Erfahrungen gehen dahin, daß schon bei dem derzeitigen Stand unserer Landmotorindustrie sich die motorische Feldarbeit bedeutend billiger stellt und zudem wesentliche betriebswirtschaftliche Vorteile bringt, als die tierische Gespannarbeit. Noch aber ist die Motorflugfrage für uns ein Neuland, das erst durch fortgesetzte Forschungen und insbesondere auch durch praktische Erfahrungen weiter erschlossen werden kann. Durch die Lösung dieser, für die Intensivierung unserer Landwirtschaft hochwichtigen Frage wird auch das Ziel der Selbsternährung des deutschen Volkes schneller und sicherer erreichbar sein. Um diese Aufgabe zu fördern und auch den badischen Landwirten ein Bild über den derzeitigen Stand des Motorflugwesens zu geben, veranstaltete die Badische Landwirtschaftskammer ein Schaupflügen in Karlsruhe. Das dem Schaupflügen entgegengebrachte Interesse war sehr reg. Auch der Besitzer des Versuchs- und Lehrgutes, Prinz Max von Baden, wohnte dem Schaupflügen bei. Das Versuchsgelände war so ausgewählt, daß an die Maschinen höchste Anforderungen gestellt wurden. Der Aufforderung zur Beteiligung waren sechs Firmen mit acht verschiedenen Systemen gefolgt. Das Schaupflügen hat bei allen Besuchern ein eindrucksvolles Bild über den derzeitigen Stand des Motorflugwesens hinterlassen und wertvolle Aufschlüsse über die Befensart und die Arbeitsleistung der einzelnen Maschinen und Systeme gegeben.

## Die Einkaufsgenossenschaft badischer Blinden

hielt am Samstag, den 28. Februar im Restaurant zum goldenen Adler zu Karlsruhe ihre Generalversammlung für das Jahr 1924 ab. Aus dem von den Vorständen Herrn U. Löh und R. Wöhle aufgestellten Geschäftsbericht ist zu entnehmen, daß die Genossenschaft auch in ihrem siebten Geschäftsjahr trotz der großen Geld- und Kreditnot einen erheblichen Aufschwung genommen hat. Die Zahl der blinden Genossen betrug am Ende des Geschäftsjahres 256. Die Genossenschaft besitzt ein reich fortiertes Lager aller Artikel, die zur Herstellung von Wärsen und Korbmatten benötigt werden. Durch das Holzzerwer St. Trubbert ist die Genossenschaft imstande, allen Wünschen in bezug auf Wärsenbögen gerecht zu werden. Der Umsatz belief sich im abgelaufenen Geschäftsjahr auf 278 000 Mark. An Löhnen wurden über 15 000 Mark an Blinde ausgegeben. Außer den in der Werkstatt Karlsruhe, Schloßbezirk 10 beschäftigten erblindeten Männern und Frauen erhalten gegen 150 Blinde, die in allen Teilen des Landes wohnen, durch die Genossenschaft löhrende Heimatbeit. Leider macht sich die Konkurrenz äußerst fühlbar. Die oben genannten Vorstände wurden einstimmig auch für das neue Geschäftsjahr auf ihre Stellung berufen, während Vorstandsvize Ritt zum Vorsitzenden des Aufsichtsrates bestellt wurde.

Kommunale Rundschau

Bürgermeisterbesprechung. In Baden-Dos kamen kürzlich die Bürgermeister des Bezirks Kastell, 50 an der Zahl, zu einer dienstlichen Besprechung zusammen.

Der Bürgerausschuss in Adelheim hat einstimmig genehmigt, daß die Gemeinde zum Zwecke der Bahnhofsverlängerung Adelheim-Ost das erforderliche Gelände in den Reichseisenbahndienst im Wege des Kaufes abtritt.

Bürgermeisterwahl. Zum Bürgermeister von Reunburgweiler wurde Altbürgermeister Wächter gewählt.

Aus der Landeshauptstadt

Technische Hochschule. Der ordentliche Professor an der Technischen Hochschule in Karlsruhe, Dr. Ing. Wilh. Ruffelt, ist vom bayerischen Kultusministerium zum ordentlichen Professor für theoretische Maschinenlehre an der Technischen Hochschule in München ernannt worden.

Der Nachwinter, der uns gestern mit reichlich Schnee sozusagen über Nacht überdeckte, hält an. Die gestern Nacht gefallenen Schneemengen waren so reichlich, daß die wärmenden Sonnenstrahlen sie nur stellenweise zum Schmelzen und zum Verschwinden zu bringen vermochten.

Süddeutscher Republikanertag. Anlässlich des am kommenden Sonntag hier stattfindenden Süddeutschen Republikanertags, mit dem die Weiße des badischen Gaubanners „Schwarz-rot-gold“ verbunden ist, ist soeben ein Festbuch erschienen.

lanische Kundgebungen stattfinden. Eine Festvorstellung im Landestheater bildet den Höhepunkt des Tages.

Funde aus der Römerzeit. Bei Erdarbeiten des städt. Tiefbauamtes in der Nähe von dem Vorort Daxlanden stieß man auf drei römische Ziegelöfen, von denen einer noch gut erhalten war.

Erleichterung des Reiseverkehrs durch Aufhebung des Sichtvermerkszwangs. Gleich anderen an der Förderung des Fremdenverkehrs interessierten Stellen ist der Verkehrsverein Karlsruhe in letzter Zeit nachdrücklich für Aufhebung des als äußerst lästig empfundenen Sichtvermerkszwangs eingetreten.

Der Verein Creditreform Karlsruhe erteilte Herrn Philipp Stumpf in Anerkennung seiner großen Verdienste, die er sich um die Entwicklung der Karlsruher Geschäftswelt erworben, Profura.

Handschrift und Charakter. In einem Lichtbildervortrag über das Thema „Handschrift und Charakter“ wird am Samstag, den 14. März abends 8 Uhr im Handelskammeraal (Pringl-Platz) Hr. Dr. Worms aus Köln, im Gegensatz zu den üblichen dilettantischen Ausführungen einmal in wissenschaftlicher Weise die Grundprobleme der Graphologie behandelt.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

Table with columns for city (Amsterdam, Kopenhagen, London, New York, Paris, Schweiz, Brag) and exchange rates for 11. März and 12. März.

Der Londoner Feingoldpreis. Nach einer Bekanntmachung der Devisenbeschaffungsstelle vom 10. März d. J. beträgt der Londoner Goldpreis für eine Unze Feingold 86 sh 9d, bezogen für ein Gramm Feingold 33,4688 Pence.

Karlsruher Börse. (11. März.) Abteilung Getreide, Mehl- und Futtermittel: Der Markt ist gut besucht, die Stimmung stetig. Abschlässe folgen noch immer zögernd, weil man den amerikanischen Kursen kein volles Vertrauen schenkt.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung Sammlung zur Unterstützung deutscher Veteranen.

Die dem Reichsverband zur Unterstützung deutscher Veteranen G. R. in Berlin W. 9, Potsdamer Straße 126, erteilte Erlaubnis, im Lande Baden durch Werbefahren und Aufnahme eine Geldsammlung sowie eine Werbung zur Vermittlung von Geldstellen vorzunehmen, wird bis zum 31. Dezember 1925 verlängert.

Von jeder vermittelten Geldstelle hat der zuständige Bezirksfürsorgeverband Mitteilung zu erhalten.

Karlsruhe, den 10. Februar 1925. Der Minister des Innern Remmel.

Geschäftliches

Das Haus der Kindermoden nennt sich das neue Konfektionshaus Otto Loewenthal u. Co., das dieser Tage Kaiserstraße 88 neu eröffnet worden ist.

Advertisement for Otto Loewenthal & Co. U. MÄDCHEN-BEKLEIDUNG. KAISERSTR. 88. KARLSRUHE. NEBEN DER RHEIN-CREDITBANK.

Advertisement for Verein bildender Künstler Karlsruhe. Künstlerhaus, Karlstor. Eingang Sofienstr. 2. Abends 8 Uhr. Saalöffnung 7 1/2 Uhr. Dr. Fischer's Musikalische Komödien Berlin-Zürich.

Advertisement for Prinz Max-Palais. Samstag, 14. März, 8 Uhr abends. Vortrag mit Lichtbildern Handschrift u. Charakter. Studienreferent Dr. Elisabeth Worms.

Advertisement for Bayr. Bier. garant. frische große Trink-Bier. (Tages-Bier) liefert dauernd zum äußersten Tagespreis heute 9,- Pfg. per Stück ab Station gegen netto Cash bei Empfang. 1.166.

Advertisement for Näh- und Zuschneideschule in (Weihn.) Kleidern, Zuschneiden und Kunstgewerbe. Halbtags und Ganztags und Abendkurse. Fr. Thies, Kriegsstraße 93.

Advertisement for Erstellung eines Kriegsgefallenen-Denkmals. Die Gemeinde Mühlhingen beabsichtigt im Verlauf des Sommers ein Kriegsgefallenen-Denkmal zu erstellen. Kostenlose Entwürfe wollen bis zum 10. April 1925 an den Gemeinderat eingereicht werden.

Advertisement for Ausgewählte Lesestücke zum Studium der polit. Ökonomie. Herausgeg. und eingeleitet von Professor Karl Diehl und Professor Paul Rombert.

Advertisement for Verkauf O. Kraus, Karlsruhe. Karlsruher Zeitung. 14. Holzverkauf. Das Forstamt Dörschberg verkauft freihändig folgende Holzmassen.

Advertisement for Badisches Landestheater. Samstag, den 14. März 1925. C 19. Th.-Gem. 5601-6000. Infolge Erkrankung von Felix Baumhach: Der arme Dieter. Das Glas Wasser.

Advertisement for Verkauf von Baukäufen betr. im sogenannten Seldeneck'schen Feld, d. i. das von der nördlichen Hildapromenade, Gards-, Malk- und Wücherstraße begrenzte Gebiet, beabsichtigt.

Advertisement for Holzverkauf. Das Forstamt Dörschberg verkauft freihändig folgende Holzmassen. 1. No. Abschnitt II. 0,82 Jm. 1. Eiche IV. 0,65 Jm. 2. Horn III. 0,97 Jm. 2. Horn IV. 1,13 Jm.